

BESONDERE
VERTRAGSBEDINGUNGEN (BVB)
für die Ausschreibung von Generalunternehmerleistungen

Projekt “Zukunft Wärme”

Campus Andréstraße

zwischen

– nachfolgend Auftraggeber oder „AG“ genannt -

und

– nachfolgend Auftragnehmer oder „AN“ genannt -

Inhaltsverzeichnis

PRÄAMBEL	3
§ 1 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN.....	3
§ 2 VERTRAGSGEGENSTAND	4
§ 3 VERTRAGSBESTANDTEILE UND DEREN GELTUNGSREIHENFOLGE	9
§ 4 LEISTUNGEN DES AUFTRAGNEHMERS	11
§ 5 NACHUNTERNEHMER	14
§ 6 PLANUNG, AUSFÜHRUNG, BAULEITUNG	15
§ 7 ORDENTLICHE KÜNDIGUNG, KÜNDIGUNG AUS WICHTIGEM GRUND	16
§ 8 (FIX)TERMINE, TERMINPLÄNE	17
§ 9 FERTIGSTELLUNG UND ABNAHME.....	18
§ 10 VERTRAGSSTRAFE (WEGEN VERZUGS).....	20
§ 11 VERGÜTUNG, PREIS, ZAHLUNGSBEDINGUNGEN, BONUS	21
§ 12 RECHNUNGSSTELLUNG/ ZAHLUNG	22
§ 13 LEISTUNGSÄNDERUNGEN	24
§ 14 MÄNGELHAFTUNG, HAFTUNG.....	25
§ 15 SICHERHEITSLEISTUNGEN	26
§ 16 VERKEHRSSICHERUNGSPFLICHTEN	29
§ 17 PÖNALE WEGEN NICHTERFÜLLUNG DER BESONDEREN TECHNISCHEN BESCHAFFENHEITSMERKMALE	29
§ 18 VERSICHERUNGEN.....	30
§ 19 ABTRETUNG/ AUFRECHNUNG/ ZURÜCKBEHALTUNGSRECHT	32
§ 20 PLANUNTERLAGEN/ URHEBERRECHT, ERFINDUNGEN, GEHEIMHALTUNG.....	33
§ 21 SCHIEDSGUTACHTENVEREINBARUNG.....	34
§ 22 GERICHTSSTAND.....	34
§ 23 SCHLUSSBESTIMMUNGEN.....	35

Präambel

Die Energieversorgung Offenbach AG (nachfolgend „Auftraggeber“ oder „AG“) unterhält als regionaler Energieversorger ein breit gefächertes Portfolio an Energieerzeugungsanlagen, um die Stadt und den Kreis Offenbach u.a. mit Fernwärme zu versorgen. Eine wesentliche Säule dieser Fernwärmeversorgung bildet das mit Steinkohle betriebene Heizkraftwerk am Erzeugungsstandort „Campus Andréstraße“ (im Folgenden nur „HKW“), welches in den kommenden Jahren aufgrund des vom AG unterstützten Kohleausstiegs ersetzt werden muss. Um den Verlust der Erzeugungsleistung möglichst CO₂-neutral und effizient aufzufangen und die Grundlage für die zukünftige Wärmeversorgung zu schaffen, wird eine neue Wärmeerzeugungsanlage errichtet.

Gegenstand des Vertrages und Maßstab des vom Auftragnehmer zu erstellenden Werkes im Sinne dieses Vertrages ist die Planungsvervollständigung und die bauliche, funktionsfähige und betriebsfertige sowie mangelfreie Errichtung der in den einzelnen Vertragsbestandteilen beschriebenen neuen Wärmeerzeugungsanlage mit den in den Vertragsbestandteilen definierten Projektzielen. Der Auftragnehmer hat sämtliche zur mangelfreien betriebsfertigen Errichtung der neuen Wärmeerzeugungsanlage erforderlichen Leistungen zu erbringen, auch soweit sie in diesem Vertrag nicht ausdrücklich beschrieben sein sollten. Demgemäß wird der AN, aufbauend auf dem bisherigen Planungsstand der Entwurfs- bzw. Genehmigungsplanung, als Generalunternehmer auf Grundlage einer funktionalen Leistungsbeschreibung mit sämtlichen hierfür erforderlichen Planungs-, Liefer-, Bau- und Montageleistungen zur schlüsselfertigen/ funktionsbereiten Umsetzung bzw. Inbetriebnahme der neuen auf dem Campus zu errichtenden Wärmeerzeugungsanlage beauftragt. Art und Umfang der Leistungen werden durch diesen Vertrag und seine Anlagen bestimmt.

§ 1 Begriffsbestimmungen

Die hier auf der linken Seite aufgeführten Begriffe haben die auf der rechten Seite angegebene Bedeutung, soweit sich nicht aus dem Zusammenhang etwas anderes ergibt:

Weitere und detailliertere Erläuterungen der Begriffe sind der Anlage [X] Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

Auftraggeber	EVO AG wie eingangs näher bezeichnet
Auftragnehmer	Unternehmen wie eingangs näher bezeichnet
Drucktest	Führung des Nachweises, dass das System den vorgesehenen Betriebsdrücken standhält.
Inbetriebsetzung	Kontrollierter und dokumentierter Prozess der Vobereitung der Anlage auf den Probebetrieb.
Montageendkontrolle	Führung des Nachweises, dass der Liefer- und Leistungsumfang vollständig sowie nach den vertraglich geschuldeten Eigenschaften erbracht wurde.
Probebetrieb	Führung des Nachweises der vollständigen Betriebstüchtigkeit des Lieferumfangs im Dauerbetrieb sowie mit vertraglich vereinbarten Gebrauchseigenschaften.
Abnahme	Übergabe des Liefer- und Leistungsumfangs an den Betrieb.
Loop-Check / Signaltests	Prozess zur Prüfung der elektrischen Montage, d.h. der Verdrahtung im Feld sowie auf das Leitsystem zur Sicherstellung der korrekten Signalübertragung.

§ 2 Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftraggeber betreibt am Erzeugungsstandort Campus Andréstraße in 63067 Offenbach am Main, bislang ein mit Steinkohle betriebenes Heizkraftwerk auf dem Grundstück Flurstück 346/30, Gemarkung Offenbach, Flur 4.

Mit diesem Vertrag verpflichtet sich der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber gemäß den in der Leistungsbeschreibung (Anlage [X]) aufgeführten Leistungsanforde-

rungen und Beschaffenheitsmerkmalen als Gesamtleistung zur vollständigen, mangel-freien und termingetreuen Planung, Lieferung, Errichtung und Inbetriebnahme eines - aus einer industriellen Großwärmepumpe zur Nutzung von Abwärme aus einem Rech-tenzentrum nebst zwei bzw. optional aus drei Heißwassererzeugern zur Deckung der Spitzen- und Reservewärmelast bestehenden Systems inklusive der dafür notwendigen Nebenanlagen (insbesondere Wasseraufbereitung, Gasdruckregelmessanlage und Drucklufterzeugung), der Anlagentechnik und der Elektro- und Leittechnik sowie des/ der für die gesamte Anlagentechnik erforderlichen Gebäude(s).

Die Heißwassererzeuger sollen im Rahmen der genehmigungsrechtlichen Vorgaben so-wohl für den Betrieb mit gasförmigen als auch mit flüssigen Brennstoffen, d.h. sowohl für den Einsatz mit Erdgas als auch mit leichtem Heizöl (Heizöl EL), ausgelegt sein. Sons-tige flüssige Brennstoffe sind nur im Rahmen der genehmigungsrechtlichen Vorgaben zulässig.

- (2) Der Auftragnehmer erhält mit Aufforderung zur Angebotsabgabe die in der Leistungsbe-schreibung als Anlage (Anlage [x]) beigefügte Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die zu errichtende Wärmeerzeugungsanlage, welche im Rahmen der Projektphase 1 durch einen vom AG im Anschluss an eine europaweite Ausschreibung beauftragten Generalplaner erbracht worden ist.
- (3) Unter Berücksichtigung der funktionalen Anforderungen der Leistungsbeschreibung hat der Auftragnehmer die näheren Leistungsdetails im Rahmen der Anforderungen und un-ter Beachtung der vorgegebenen (Entwurfs- und Genehmigungs-)Planung nach billigem Ermessen zu bestimmen.
- (4) Der Auftragnehmer hat das Recht, die ihm übergebene Entwurfs- und Genehmigungs-planung für seine Ausführungsplanung zu nutzen oder diese auf eigenes Risiko zu über-arbeiten. Die Wahlmöglichkeit des Auftragnehmers umfasst hierbei insbesondere:
 - a) **Nutzung der vorgegebenen Planung:** Der Auftragnehmer darf die vorgegebene Entwurfs- und Genehmigungsplanung unverändert als Grundlage für seine Ausfüh-rungsplanung verwenden. In diesem Fall trägt der Auftraggeber das Risiko für die Genehmigungsfähigkeit der vorgegebenen Planung.
 - b) **Überarbeitung der Planung:** Der Auftragnehmer darf die ihm übergebene Ent-wurfs- und Genehmigungsplanung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens auf eigenes Risiko überarbeiten, soweit dies zur Sicherstellung der Genehmigungsfä-higkeit des Bauvorhabens oder zur Optimierung der Planung unter Beachtung der funktionalen Vorgaben der Leistungsbeschreibung erforderlich ist. In diesem Fall

trägt der Auftragnehmer das Genehmigungsrisiko für die von ihm überarbeitete Planung.

- c) **Einhaltung der in der Leistungsbeschreibung vorgegebenen Beschaffenheitsmerkmale:** Die Ausübung der Wahlmöglichkeit nach lit. b) erfolgt unter strikter Beachtung der in der Leistungsbeschreibung zu erzielenden Beschaffenheitsmerkmale der Wärmeerzeugungsanlage. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass durch seine Entscheidung zur Überarbeitung der Planung keine Verschlechterungen der Leistungsmerkmale/ Beschaffenheitsmerkmale der Wärmeerzeugungsanlage gegenüber der (ursprünglichen) überlassenen Entwurfs- und Genehmigungsplanung eintreten.
- d) **Einhaltung des Terminplans:** Die Ausübung der Wahlmöglichkeit nach lit b) erfolgt unter strikter Beachtung des vereinbarten Terminplans. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass durch die Entscheidung für die Nutzung oder Überarbeitung der Planung keine Verzögerungen des Bauablaufs eintreten. Etwaige Zeitverluste, die durch die Überarbeitung der Planung entstehen, gehen zu Lasten des Auftragnehmers.
- e) **Vergütungsfolgen bei Nutzung der vorgegebenen Planung:** Nutzt der Auftragnehmer die vorgegebene Entwurfs- und Genehmigungsplanung unverändert für seine Ausführungsplanung, steht ihm ein Anspruch auf Mehrvergütung für Planungsleistungen im Rahmen der Genehmigungsplanung nicht zu, es sei denn, der Auftragnehmer weist nach, dass die vorgegebene Planung Mängel aufweist, die er nicht zu vertreten hat und deren Beseitigung einen nicht unwesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand verursacht, der einer Überarbeitung entspricht, die 15 % oder mehr der vollständig erbrachten unveränderten Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) entspricht.
- f) **Vergütungsfolgen bei Überarbeitung der Planung:** Überarbeitet der Auftragnehmer die ihm übergebene Entwurfs- und Genehmigungsplanung auf eigenes Risiko, gelten die von ihm vorgenommenen Planungsänderungen als von der vereinbarten Vergütung abgegolten, es sei denn, der Auftragnehmer weist nach, dass die Änderungen auf Umständen beruhen, die er nicht zu vertreten hat und die einen nicht unwesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand verursachen, der einer Überarbeitung entspricht, die 15 % oder mehr der vollständig erbrachten unveränderten Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) entspricht.

- g) **Ausnahme bei Anordnungen des Auftraggebers:** Die Absätze lit e) und lit f) gelten nicht für Planungsänderungen, die auf ausdrücklicher Anordnung des Auftraggebers beruhen und über den ursprünglich vereinbarten Leistungsumfang hinausgehen. Solche Änderungen sind als zusätzliche Leistungen gesondert zu vergüten, soweit sie nicht bereits von der vereinbarten Vergütung erfasst sind.
 - h) **Kooperationspflicht und Mitteilungspflicht:** Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber unverzüglich nach Vertragsschluss schriftlich mitzuteilen, ob er die vorgegebene Entwurfs- und Genehmigungsplanung unverändert nutzen oder überarbeiten wird. Im Falle einer beabsichtigten Überarbeitung hat der Auftragnehmer den Auftraggeber vor Vornahme wesentlicher Planungsänderungen zu unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit dies unter Berücksichtigung des Terminplans möglich ist. Der Auftraggeber kann die Planungsänderung innerhalb einer angemessenen Frist untersagen, soweit diese die Funktionsanforderungen der Leistungsbeschreibung nicht erfüllt oder den vereinbarten Leistungsumfang unzumutbar erweitert.
 - i) **Dokumentation:** Der Auftragnehmer hat seine Entscheidung nach Absatz 2 sowie alle Planungsänderungen und deren Gründe vollständig zu dokumentieren und dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.
- (5) **Aufschiebende Bedingung für den Vertragsschluss:** Der Vertrag kommt nur unter den folgenden kumulativen aufschiebenden Bedingungen gemäß § 158 Abs. 1 BGB zustande:
- a) **Förderbedingung:** Dieser Vertrag tritt hinsichtlich der Liefer- und Leistungspflichten zur Umsetzung erst und nur insoweit in Kraft, wenn und soweit das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) die beantragte BEW-Förderung bewilligt und die Förderung mit einer Zusage gegenüber dem AG zugesagt hat (aufschiebende Bedingung gemäß § 158 Abs. 1 BGB). Die Bedingung gilt als eingetreten, wenn dem AG ein schriftlicher Förderbescheid des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zugegangen ist, der die Bewilligung der beantragten Förderung ausspricht.
 - b) **Genehmigungsbedingung:** Die für die Errichtung der Wärmeerzeugungsanlage erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigung (BImSchG) erteilt wird. Die Bedingung gilt als eingetreten, wenn dem AG der entsprechende Genehmigungsbescheid zugegangen ist.

Der AG ist verpflichtet, den AN unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 5 Werktagen nach Zugang der Entscheidungen, schriftlich über den Eintritt oder Nicht-eintritt der Bedingungen zu unterrichten.

- c) **Fortführungsoption ohne Förderung:** Sollte die Förderbedingung nach lit a) nicht eintreten (Ablehnung der Förderung oder Fristablauf), ist der AG berechtigt, durch schriftliche Erklärung gegenüber dem AN den Vertrag ganz oder teilweise ohne Förderung fortzuführen. Die Erklärung muss innerhalb von 4 Wochen nach Zugang der ablehnenden Förderentscheidung oder nach Ablauf der in lit. d) genannten Frist abgegeben werden.
 - d) **Fristsetzung:** Sofern der AG den AN nicht bis spätestens [12 Monate] nach Unterzeichnung dieses Vertrags mitgeteilt hat, dass beide aufschiebenden Bedingungen eingetreten sind oder die Fortführung nach lit. c) erklärt wurde, ist der vorliegende Vertrag endgültig nicht wirksam abgeschlossen. Die Frist kann einvernehmlich schriftlich verlängert werden.
 - e) **Hinweis zur BEW-Förderkonformität:** Der AG weist den AN darauf hin, dass die BEW-Förderung nach pflichtgemäßem Ermessen der Förderstelle gewährt wird und unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten Haushaltsmittel steht. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Förderung besteht nicht. Der AN verpflichtet sich, alle zur BEW-Förderkonformität erforderlichen Unterlagen, Nachweise und Informationen nach den Vorgaben des BAFA zeitgerecht und vollständig beizubringen. Dies gilt insbesondere für die Einhaltung der in den Förderrichtlinien vorgesehenen technischen Anforderungen, Dokumentationspflichten und Abrechnungsmodalitäten. Die in § 12 Abs. 4 und im Preisblatt (Anlage [X]) geregelten abrechnungstechnischen Anforderungen zur anlagenbezogenen getrennten Aufteilung der Abrechnungen nach den Vorgaben des Fördermittelgebers sind zwingend einzuhalten.
- (6) Sollte der Vertrag nicht zustande kommen, weil eine oder beide Bedingungen nicht eintreten ist/ sind und der AG keine Fortführung nach Abs. 5 lit c) erklärt hat, gilt Folgendes:
- a) **Vergütungsanspruch des AN:** Der AN hat bis zum Zeitpunkt der Kenntnis von dem Nichteintreten der Bedingung Anspruch auf Vergütung für alle erbrachten Leistungen abzüglich der ersparten Aufwendungen. Dies gilt insbesondere für Planungs- und Vorbereitungsleistungen, die im Hinblick auf die BEW-Förderung erbracht wurden. Die Vergütung bemisst sich nach dem vereinbarten Preisblatt (Anlage [X]) und den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere § 645 BGB.

- b) **Fälligkeit des Vergütungsanspruchs:** Der Vergütungsanspruch entsteht spätestens mit Zugang der Mitteilung über den Nichteintritt der Bedingung beim AG oder mit Ablauf der in Abs. 5 lit. d) genannten Frist, sofern der AG die Fortführung nach Abs. 5 lit. c) nicht erklärt hat. Der AN hat dem AG unverzüglich eine prüffähige Rechnung über die erbrachten Leistungen zu übermitteln.
 - c) **Rückgabepflicht für Unterlagen:** Der AN ist verpflichtet, dem AG etwaige bereits übergebene Unterlagen und Planungen zurückzugeben, soweit der AG dies verlangt. Dies gilt insbesondere für alle Unterlagen, die im Rahmen der BEW-Förderanträge erstellt wurden. Der AN hat sicherzustellen, dass dem AG alle zur weiteren Projektdurchführung oder zur Beantragung der Förderung erforderlichen Unterlagen in bearbeitbarer Form zur Verfügung gestellt werden.
 - d) **Dokumentationspflichten:** Der AN ist verpflichtet, alle im Hinblick auf die BEW-Förderung erbrachten Leistungen und erstellten Unterlagen vollständig zu dokumentieren und dem AG auf Verlangen nachzuweisen. Dies umfasst insbesondere den Nachweis über den Umfang der erbrachten Planungsleistungen, die für den Förderantrag erforderlich waren.
 - e) **Haftung bei Nichteinhaltung der BEW-Förderkonformität:** Sollte der Vertrag nicht zustande kommen, weil die BEW-Förderung aufgrund von Mängeln in den vom AN erbrachten Unterlagen oder Leistungen abgelehnt wurde, die der AN zu vertreten hat, ist der AN dem AG zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Dies gilt insbesondere für Kosten, die dem AG durch die Ablehnung der Förderung entstehen, soweit diese auf fehlerhaften oder unvollständigen Unterlagen des AN beruhen.
- (7) Wird die Genehmigung (BlmSchG) nicht erteilt oder endgültig verweigert, kommt der Vertrag nicht zustande und beide Parteien sind von allen weiteren Verpflichtungen aus diesem Vertrag befreit.

§ 3 Vertragsbestandteile und deren Geltungsreihenfolge

- (1) Vertragsgrundlagen sind die nachfolgend aufgeführten Unterlagen:
- a) diese Besonderen Vertragsbedingungen (BVB) nebst Anlagen (Bürgschaftsmuster des AG),
 - b) Angebot des AN – ausgefülltes Preisblatt (Anlage [x])
 - c) die funktionale Leistungsbeschreibung (**ANLAGE [X]**), bestehend aus technischer Spezifikation „Wärmeerzeugungsanlage Campus“ nebst den Anlagen (Anlagen **[X]**)

bis [Y] - Planungsunterlagen [aktualisierter Stand zum Zeitpunkt des Vertragschlusses], Lageplan, Baugrunduntersuchung Schnittstellenliste, Baustellenerrichtungsplan, Rahmenterminplan),

- d) Versicherungspolice Montageversicherung,
- e) Zahlungsplan (**ANLAGE [X]**),
- f) die jeweils geltenden bau-, gewerbe- und feuerpolizeilichen sowie sonstigen ordnungsbehördlichen Bestimmungen und Auflagen, einschließlich der Unfallverhütungsvorschriften (z.B. DGUV-Regeln und Vorschriften) sowie die allgemein anerkannten Regeln der Technik, die gültigen DIN-Normen einschließlich Gelbdrucke und gültigen Verordnungen und Bestimmungen; die allgemein anerkannten Regeln der Technik, insbesondere alle EU-Vorschriften, alle DIN-Vorschriften, alle einschlägigen Gewerbe- und Brandschutzbestimmungen, alle öffentlich rechtlichen Vorschriften zum Umweltschutz und zur Arbeitssicherheit, die Unfallvergütungsvorschriften, die Herstellerhinweise, die VDI-, VDE- und VDS-Bestimmungen, alle Vorschriften der Berufsgenossenschaften in der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden Fassung,
- g) Angebot des AN vom (**ANLAGE [X]**),
- h) die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teil B und C (VOB/B und VOB/C) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung,
- i) die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

(2) Der AN ist ferner verpflichtet, die im Internet unter

- <https://www.mvv.de/partner/lieferanten/zentraleinkauf/downloadbereich/> abrufbaren „Allgemeinen Zusatzbedingungen Arbeitssicherheit“ für alle Gesellschaften des MVV Energie-Konzerns,
- <https://www.mvv.de/partner/lieferanten/zentraleinkauf/downloadbereich/> veröffentlichten „Compliance Code of Conduct für Rechtsgeschäfte mit Unternehmen des MVV-Konzerns
- <https://www.mvv.de/partner/lieferanten/zentraleinkauf/downloadbereich/> veröffentlichte „Sicherheitsrichtlinie Informationssicherheit und Datenschutz für IT-Fremddienstleister“

in der jeweils zum Vertragsschluss gültigen Fassung zu beachten.

Der Auftragnehmer ist in vollem Umfang mit der Corporate Compliance Regelung der MVV, insbesondere der Corporate Compliance Guideline, in der jeweils aktuellen Fassung vertraut und wird die dortigen Regelungen vollumfänglich einhalten.

- (3) Die Vertragsbedingungen verstehen sich als sinnvolles Ganzes. Bei nicht durch Auslegung auflösbaren Widersprüchen zwischen den oben aufgeführten Vertragsgrundlagen bestimmt sich das **Rangverhältnis nach der Reihenfolge der Auflistung**. Bei Widersprüchen zwischen gleichrangigen Vertragsgrundlagen oder innerhalb einer Vertragsgrundlage ist im Zweifel die speziellere Ausführung maßgebend. Ein Widerspruch im vorgenannten Sinne liegt insbesondere nicht vor, wenn eine nachrangige Vertragsgrundlage eine vorherige lediglich ergänzt oder konkretisiert.
- (4) Liegt aus der Sicht des Auftragnehmers ein Widerspruch zwischen den in § 2 Abs. 1 bezeichneten Vertragsgrundlagen vor, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber rechtzeitig vor der Ausführung der davon betroffenen Leistung auf diesen Widerspruch hinzuweisen und eine Entscheidung des Auftraggebers über Art und Umfang der tatsächlich geforderten Leistung herbeizuführen.
- (5) Allgemeine Geschäftsbedingungen (z.B. Liefer- und Zahlungsbedingungen, Auftragsbedingungen, Verkaufsbedingungen) des Auftragnehmers sowie in diesem Vertrag nicht aufgeführte Protokolle oder sonstige Korrespondenz bilden keine Vertragsgrundlage und haben auch dann keine Gültigkeit, wenn in dem Angebot des AN oder in sonstigen Schriftstücken auf sie Bezug genommen wird.

§ 4 Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Der AN verpflichtet sich zur vollständigen, mangelfreien und termingetreuen Erfüllung der in diesem Vertrag – insbesondere in der Leistungsbeschreibung (gemäß Anlage [x]) – aufgeführten Leistungen. Der Leistungsumfang ergibt sich aus den Vertragsbestandteilen gemäß § 3.
- (2) Sollten sich aufgrund der bei Vertragsschluss noch nicht vorliegenden, bereits beantragten Genehmigung (BlmSchG) Änderungen oder Auflagen ergeben, mit denen der AN bei Vertragsschluss üblicherweise nicht rechnen musste und die sich mit Blick auf die übrigen Vertragsbestandteile als geänderte oder zusätzliche Leistungen darstellen, steht dem AN im Falle einer entsprechenden Ausführungsanordnung durch der AG ein Anspruch auf Anpassung der Vergütung nach den Regelungen gemäß § 13 zu.

- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber, soweit dieser es verlangt, während der gesamten Betriebszeit der gelieferten Anlage, höchstens jedoch für einen Zeitraum von [5] Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt der Abnahme an, mit Ersatzteilen und Serviceleistungen zu beliefern. Die Preise für Ersatzteile und Serviceleistungen werden zum Zeitpunkt der Bestellung nach den dann gültigen Listenpreisen des Auftragnehmers vereinbart. Die Lieferungen und Leistungen erfolgen unverzüglich nach Eingang der Bestellung des Auftraggebers beim Auftragnehmer.
- (4) Soweit nicht in diesem Vertrag anders geregelt, ist der Auftragnehmer auf seine Kosten verantwortlich für die Anschaffung, Wartung und Instandhaltung der für die Vertragserfüllung erforderlichen Werkzeuge und sonstigen Gerätschaften. Der Auftragnehmer ist auch verantwortlich für den fehlerfreien, geprüften Zustand der Werkzeuge/Hilfsmittel nach den neuesten Vorschriften der EU-Maschinenrichtlinie inklusive CE-Kennzeichnung bzw. nach der Maschinenverordnung (EU) 2023/1230.
- (5) Vom AN sind sämtliche vom AG zu veranlassenden behördlichen Abnahmen und die Beschaffung der erforderlichen Abnahmebescheinigungen, insbesondere der Bauaufsichtsbehörde, der Brandschutzbehörde, des technischen Überwachungsvereins etc. zu koordinieren und vorzubereiten. Der AN hat dem AG hierzu so zuzuarbeiten, dass der AG in die Lage versetzt wird, sämtliche erforderlichen Bescheinigungen etc. zu erlangen. Der AG trägt die im Zusammenhang mit der Abnahme anfallenden Gebühren, Prüfgebühren und Gutachterkosten, sollte sich aus den vertraglichen Regelungen nicht etwas anderes ergeben.
- (6) Der AG stellt vor Beginn der Montagearbeiten die nötigen Angaben über die Lage verdeckt geführter Strom-, Gas-, Wasserleitungen oder ähnlicher Anlagen sowie die erforderlichen statischen Angaben unaufgefordert zur Verfügung. Die Aufstellung von Baustelleneinrichtungen, wie z.B. Tagesunterkunftsstellen, Lager- und Arbeitsplätzen, bedarf der vorherigen Vereinbarung, die im Rahmen des Montageplatzplanes geschieht. AN und AG verpflichten sich, nach bestem Wissen und Gewissen an dieser Vereinbarung konstruktiv mitzuwirken.
- (7) Der AN verpflichtet sich, für seine Lieferungen und Leistungen, die der tatsächlichen Ausführung entsprechenden Zeichnungen, in digitaler und bearbeitbarer Form dem AG bei der Abnahme zu übergeben. Dem AG steht ein unentgeltliches, nicht-ausschließliches Nutzungsrecht für die Zwecke des Betriebs der Anlage zu. Das geistige Eigentum an den Unterlagen verbleibt beim AN. Die Ablauf- und Terminplanung ist zu erstellen

und wird in digitaler Ausfertigung übergeben. Weitere Anforderungen zur Dokumentation sind in der Leistungsbeschreibung (Anlage [x]) spezifiziert.

- (8) Da während der Umsetzung der konkret geplanten Maßnahme das HKW weiter in Betrieb sein wird, hat sich der AN mit dem AG, insbesondere mit der Projektleitung des AG abzustimmen, um zu gewährleisten, dass eine Beeinträchtigung des HKWs und des sonstigen Betriebs auf dem Campus weitestgehend ausgeschlossen wird. Der AN hat für die Dauer der Bauausführung alle Schutzmaßnahmen zu treffen, die im Bereich der Baustelle und ihrer Umgebung zur Sicherung von baulichen und technischen Anlagen und Einrichtungen insbesondere des HKW sowie zur Sicherung von Personen erforderlich und im Rahmen der vertraglichen Leistung geschuldet sind. Der AN hat dabei in besonderem Umfang der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Wärmeerzeugungsanlage im laufenden Betrieb des HKW errichtet wird. Aufgrund des laufenden Betriebs des HKW hat der AN alle Schutzmaßnahmen mit ausreichendem Verlauf mit der Projektleitung des AG im Detail abzustimmen.

Jegliche Schutzvorrichtungen sind so lange vorzuhalten, bis jede vorhersehbare Gefährdung von Personen oder Sachen ausgeschlossen ist.

Das gleiche gilt für verkehrspolizeilich vorgeschriebene Maßnahmen zur Sicherung der Baustelle sowie die Regulierung aller Schäden, die Dritten durch die Baumaßnahme entstehen.

- (9) Der AG hat dem AN mit den Ausschreibungsunterlagen alle ihm bekannten Angaben zur Verfügung gestellt, die für die weitere Planung sowie die schlüsselfertige und termingerechte Errichtung der neuen Wärmeerzeugungsanlagen erforderlich sind. Hierzu gehören insbesondere:
- a) die Leistungsbeschreibung und der Leistungsumfang;
 - b) die örtlichen Verhältnisse am Standort;
 - c) die zur Verfügung stehenden Flächen;
 - d) die Montagemöglichkeiten;
 - e) die Anforderungen an die Einbindung der Neuanlage in die bestehende Anlagentechnik;
 - f) die Möglichkeiten für Materiallagerplätze;
 - g) die Anschlüsse an Elektrizität, Wasserleitungen und Abwasser;
 - h) Transport- und Zufahrtswege.

Dem AN wurde vor Vertragsschluss die Möglichkeit eingeräumt, sich an einem Vor-Ort-Termin über die vorstehenden Verhältnisse sowie über die technischen Details zum laufenden und aufrechtzuerhaltenden Betrieb des HKW und die daraus resultierenden betriebstechnischen Rahmenbedingungen zu informieren. Im Rahmen des Vergabeverfahrens hatte der AN die Möglichkeit, wegen möglicher Unklarheiten Hinweise zu geben bzw. Fragen zu stellen.

Der AN hat die ihm übergebenen Unterlagen und Informationen vor Abgabe seines Angebots auf Vollständigkeit und Plausibilität zu prüfen. Mehrforderungen, die sich aus Umständen ergeben, die dem AN bei vertragsgemäßer Prüfung erkennbar waren, gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Dies gilt nicht, soweit der AG Angaben vorenthalten hat oder die Unvollständigkeit der Unterlagen für den AN bei vertragsgemäßer Prüfung nicht erkennbar war. § 13 (Leistungsänderungen) bleibt unberührt.

Soweit die Bauausführung Beeinträchtigungen durch den laufenden Betrieb des HKW/Campus erfährt, hat der AN dies bei seiner Angebotserstellung zu berücksichtigen. Für den Fall, dass der AN durch vom AG zu vertretende Behinderungen des Bauablaufs in seiner Leistungserbringung beeinträchtigt wird, bleiben die gesetzlichen und vertraglichen Ansprüche des AN, insbesondere gemäß § 6 VOB/B, unberührt.

- (10) Sollte der Auftraggeber dem Auftragnehmer auf Nachfrage des Auftragnehmers unvollständige oder falsche schriftliche Angaben gemacht haben, haftet der Auftraggeber für Schäden, die dem Auftragnehmer hieraus entstehen, nur bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz.
- (11) Im Rahmen der dem AN obliegenden Gesamtkoordination wird der Auftragnehmer etwaig erforderliche Entscheidungsvorlagen für den Auftraggeber rechtzeitig und mit nachvollziehbaren Begründungen vorlegen. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber über alle Umstände zu informieren, die für den Projektfortschritt von Bedeutung sind. Dies gilt auch bezüglich des jeweiligen Stands von Nachtragsbeauftragungen, die durch den Auftraggeber zu veranlassen sind und der Arbeitsvorbereitung.

§ 5 Nachunternehmer

- (1) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die von ihm geschuldeten Leistungen durch die von ihm im Rahmen des Vergabeverfahrens bereits benannten Nachunternehmer zu erbringen.

- (2) Die Auswechselung eines im Vergabeverfahren benannten Nachunternehmers aus wichtigem Grund ist dem Auftragnehmer nur gestattet, dass er dem Auftraggeber - außer bei Gefahr in Verzug - mindestens [4] Wochen vor der Auswechselung des Nachunternehmers/ dem geplanten Beginn der jeweiligen Arbeiten Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des betroffenen Nachunternehmers sowie die von diesem auszuführenden Gewerke schriftlich mitteilt und der Auftraggeber der Auswechselung zustimmt. Mit Zustimmung des Auftraggebers übernimmt dieses Unternehmen entsprechend den Leistungsteil/ das auszuführende Gewerk des zuvor im Vergabeverfahren benannten Nachunternehmers und tritt an die Stelle desselben.
- (3) Die vom Auftragnehmer auszuwählenden Nachunternehmer müssen sich gewerbsmäßig mit der Ausführung der zu vergebenden Leistung befassen. Sie müssen zuverlässig sein, die erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit aufweisen und im Hinblick auf die auszuführende Leistung über eine Erfahrung verfügen, die dem einzuhaltenden Stand der Technik entspricht, der im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs vorausgesetzt worden ist. Auf Verlangen des Auftraggebers sind Eignungsnachweise vorzulegen.

§ 6 Planung, Ausführung, Bauleitung

- (1) Der Auftraggeber wird zur Wahrung seiner Interessen einen Generalplaner einsetzen. Der Generalplaner oder andere vom Auftraggeber explizit gegenüber dem Auftragnehmer schriftlich bevollmächtigte sind berechtigt und verpflichtet, die Rechte des Auftraggebers zu wahren. Insbesondere ist der Generalplaner - und/ oder entsprechend bevollmächtigte Dritte - berechtigt dem Auftragnehmer Anweisungen hinsichtlich des allgemeinen Bauablaufs, insbesondere der allgemeinen Ordnung auf der Baustelle, des Brandschutzes, der Art und Weise der Baudurchführung sowie der Beseitigung von Mängeln zu erteilen. Der Auftragnehmer hat diesen Anweisungen Folge zu leisten. Sollte der Auftragnehmer Anweisungen für offensichtlich fachlich unrichtig halten oder Bedenken gegen deren Vereinbarung mit den vertraglichen Regelungen haben, hat er dem AG hierauf unverzüglich schriftlich hinzuweisen. Der Generalplaner ist nicht berechtigt, rechtsgeschäftliche oder finanzielle Erklärungen zu Lasten des Auftraggebers abzugeben. Insbesondere ist er nicht berechtigt, Aufträge zu erteilen, Nachträge anzuordnen, Abnahmen zu erklären oder Verträge abzuändern. Hierzu ist ausschließlich der Auftraggeber selbst berechtigt, soweit der Generalplaner keine anderslautende schriftliche Vollmacht vorweisen kann.

Die Verantwortlichkeit des Auftragnehmers für seine Vertragsleistung bleibt unberührt. Bei offensichtlichen Unstimmigkeiten oder begründeten fachlichen Bedenken gegen Anweisungen des Generalplaners hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen, damit dieser entsprechende Entscheidungen treffen kann.

- (2) Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass während der gesamten Vertragslaufzeit qualifiziertes deutschsprechendes Führungspersonal in ausreichender Anzahl zur Betreuung des Vorhabens zur Verfügung steht. Er benennt im Angebot verbindlich

- a) einen zuständigen Projektleiter sowie einen Vertreter:
- b) einen zuständigen Fachbauleiter:

- (3) Zur Abgabe und Entgegennahme von rechtsgeschäftlichen Erklärungen im Zusammenhang mit der Abwicklung des gegenständlichen Vorhabens sowie zur Vornahme von sonstigen Rechtshandlungen ist der vorstehend bezeichnete Projektleiter bevollmächtigt und ermächtigt.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer die sofortige Ablösung des Projektleiters oder eines sonstigen verantwortlichen Mitarbeiters zu verlangen, wenn dieser gegen die allgemeine Ordnung, Sicherheit oder Grundsätze der Geheimhaltung oder Vertraulichkeit verstoßen hat. Bei Vorwürfen mangelnder fachlicher Eignung ist dem Auftragnehmer Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Eine Ablösung erfolgt nur, wenn begründete Zweifel an der fachlichen Eignung bestehen, die durch den AN nicht ausgeräumt werden können.

- (4) Sämtliche den Bauablauf betreffenden Verpflichtungen des Auftragnehmers ergeben sich im Übrigen aus der Leistungsbeschreibung (Anlage [x]).

§ 7 Ordentliche Kündigung, Kündigung aus wichtigem Grund

- (1) Der AG kann den Vertrag jederzeit kündigen, § 8 Abs. 1 VOB/B/ § 648 BGB.
- (2) Unbeschadet dessen, können beide Parteien den Vertrag nach § 648 a BGB und nach den weiteren Bestimmungen der VOB/B aus wichtigem Grund kündigen.
- (3) Im Übrigen ist der AG zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt, wenn der AN
 - a) das Insolvenz- oder Vergleichsverfahren beantragt und das Verfahren durch das Insolvenzgericht eröffnet wird,

- b) seine Werklohnforderungen für gegenüber dem AG erbrachten Leistungen ganz oder teilweise mit Arrest belegt oder gepfändet werden und dies die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses für den AG unzumutbar macht,
- c) ohne rechtfertigenden Grund seine Arbeiten unterbricht und diese auch nach Mahnung und Fristsetzung durch den AG nicht wieder aufnimmt,
- d) oder einer seiner Nachunternehmer nicht das jeweils gültige Mindestentgelt nach dem MiLoG zahlt und der AG trotz angemessener Fristsetzung seine Verpflichtungen nach dem MiLoG nicht nachkommt. Bei Nichteinhaltung der Bestimmungen nach dem MiLoG durch Nachunternehmer kann der AN die Kündigung durch den AG abwenden, soweit er vor Kündigung durch den AG den Vertrag mit dem betreffenden Nachunternehmer beendet hat.
- e) Der AN hat nach erfolgter Kündigung die zur Fortsetzung der Planungs- und Bau- und Montagearbeiten erforderlichen Unterlagen, wie etwa Ausschreibungen, Verträge, behördliche Genehmigungen und Bescheide sowie amtliche Pläne jeder Art, unverzüglich an den AG herauszugeben. Die Planungsunterlagen sind in der in der Leistungsbeschreibung verlangten Form herauszugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht besteht nicht für Unterlagen, die zur Fortsetzung der Arbeiten erforderlich sind. Im Übrigen bleibt dem AN ein Zurückbehaltungsrecht unbenommen. Der AG hat das Recht zu Teilkündigungen für abgrenzbare Teile der Leistung.

§ 8 (Fix)Termine, Terminpläne

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen gemäß des folgend an Hand von Meilensteinen beschriebenen Rahmenterminplans zu erbringen. Die Meilensteine verstehen sich insofern als zwingend einzuhaltend Vertragstermine. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, entsprechende Terminpläne gemäß Leistungsbeschreibung (Anlage [x]) aufzustellen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich die nachfolgend genannten vertraglichen Fixtermine einzuhalten:
 - a) Der AN verpflichtet sich die Unterlagen für eine nötige Genehmigungsänderung spätestens zum 01.05.2027 vorzulegen.
 - b) Der AN verpflichtet sich die neue Gasdruckregelmessanlage bis zum 15.09.2028 betriebsbereit zur Verfügung zu stellen.

- c) Der AN verpflichtet sich bis spätestens zum 01.10.2028 zur Lieferung der Wärmepumpenanlage, der Heißwassererzeuger und der Hauptkomponenten der Wasseraufbereitungsanlage auf die Baustelle am Campus Andréstraße.
- d) Der AN verpflichtet sich, nach Fertigstellung der Montage sowie einwandfreiem und erfolgreichem Verlauf von Drucktests an Schweißnähten gemeinsam mit dem AG eine Montageendkontrolle (MEK) bis zum 01.06.2029 sicherzustellen.
- e) Der AN verpflichtet sich bis spätestens zum 01.11.2029 zum erfolgreichen Abschluss des Probetriebes zur abnahmereifen Gesamtfertigstellung bzw. den kommerziellen Betrieb der Anlage zu gewährleisten.

Einzelheiten zum Inhalt, bzw. den konkreten Voraussetzungen und dem jeweiligen Ablauf der vorgenannten verbindlichen Vertragstermine ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung ((Anlage [x])).

- (3) Die im vorgenannten Absatz genannten Termine sind verbindliche Vertragstermine, die gemäß § 10 vertragsstrafebewährt sind.
- (4) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber bzw. der eingesetzten Projektkontrolle jede sich anbahnende oder bereits eingetretene Verzögerung nebst ihren Gründen unverzüglich in Textform mitteilen.
- (5) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers, insbesondere nach eingetretenen Verzögerungen, den Bauzeitenplan zu aktualisieren und dem Auftraggeber ein Exemplar dieses Bauzeitenplans auszuhändigen. Mit der Annahme dieses Bauzeitenplans ist keine Zustimmung des Auftraggebers zur Änderung des Vertrags, insbesondere der vertraglich vereinbarten Termine verbunden. Ebenso wenig erlöschen bereits entstandene Ansprüche auf Vertragsstrafe oder Schadensersatz.

§ 9 Fertigstellung und Abnahme

- (1) Die Leistungen des AN werden nach vollständiger betriebsbereiter Gesamtfertigstellung der Anlage, erfolgreicher Inbetriebsetzung und einer erfolgreichen Durchführung eines Gesamtanlagenprobetriebs durch den AG förmlich abgenommen. Die Gesamtanlage muss frei von wesentlichen Mängeln sein. Der Anspruch des AN auf Teilabnahmen wird ausgeschlossen.
- (2) Die einzelnen Phasen der Inbetriebnahme/Abnahme werden in Anlage [03] (Leistungsbeschreibung/ Teil-Leistungsverzeichnis) beschrieben, diese setzt sich aus folgenden

Elementen zusammen [Sicherstellung der mechanischen Fertigstellung, die Durchführung der Prüfung vor Inbetriebnahme (PVI), die Kaltinbetriebnahme (u. a. Druckproben, Loop-Checks) sowie die Warminbetriebnahme mit schrittweiser Inbetriebnahme der einzelnen Anlagenteile, Probetrieb].

- (3) Erst nach erfolgreichen Erprobungsbetrieb kann der AN die Abnahme der von ihm erbrachten Leistungen verlangen. Die Abnahme wird vom Auftraggeber gemeinsam mit dem Auftragnehmer in einem abzustimmenden vor Ort Termin durchgeführt. Die Abnahme wird in einem von beiden Parteien zu unterzeichnenden Abnahmeprotokoll erklärt. Zwischen Abnahmeverlangen des Auftragnehmers und vorgesehenen Abnahmetermin müssen mindestens [12] Werktage liegen. Die fiktive Abnahme gemäß § 12 Abs. 5 VOB/B ist – unbeschadet der Regelung in § 640 BGB – ausgeschlossen.

Verzögert sich die Abnahme aus Gründen, die vom AN zu vertreten sind, so ist der AN verpflichtet, den möglichen Schaden des AG nach besten Kräften zu mindern und dazu ggf. auch sein Betriebspersonal für den AG unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

- (4) Weitere Voraussetzung für die Abnahme sind
- a) Vorlage Nachweise der Einhaltung der geforderten Beschaffenheitsmerkmale gemäß Leistungsbeschreibung (Anlage [X]) und den übrigen in der Leistungsbeschreibung genannten Leistungsanforderungen erfüllt sind,
 - b) die Lieferung der vorläufigen Dokumentation mit allen Roteintragungen sowie der vereinbarten Unterlagen, Qualitätsnachweis und Daten im Sinne des Absatzes 5 ist in der entsprechenden Anzahl/ Form erfolgt ist,
- (5) Mit dem Abnahmeverlangen nach dem vorherigen Absatz sind dem Auftraggeber insbesondere folgende Unterlagen zu übergeben:
- a) (ggf. aktualisierte) Nachunternehmerverzeichnis;
 - b) behördliche Genehmigungen, soweit diese nicht dem Auftraggeber direkt zugestellt worden sind;
 - c) alle Prüfatteste und Abnahmebescheinigungen von staatlichen Stellen oder hierfür besonders bestimmten Stellen, insbesondere Abnahmebescheinigungen des TÜV oder einer vergleichbaren Institution für diejenigen technischen Anlagen, die einer solcher Abnahme bedürfen;
 - d) alle vertraglich vereinbarten Nachweise über vereinbarte Beschaffenheitsmerkmale gemäß Leistungsbeschreibung (Anlage [x]) – Technische Beschaffenheitsmerkmale),

- e) alle Bedienungs-, Wartungs- und Pflegeanleitungen, Handbücher und sonstige Unterlagen für die technischen Anlagen;
- f) die gültigen Bestands- und Revisionspläne der baulichen Anlagen einschließlich Kalt- und Warmwasserleitungen, Heizungs-, Lüftungs-, Klimaanlage, Elektroanlagen, Abwasserleitungen, Beförderungsanlagen, Feuerlöschanlagen sowie Werkstattzeichnungen der technischen Anlagen;
- g) Fotokopien des Bautagebuchs.

Die Übergabe der vorstehenden Unterlagen ist Abnahmevoraussetzung, soweit der Auftragnehmer sie nicht von Dritten, die nicht von ihm selbst beauftragt sind (zB Behörden) oder vom Auftraggeber selbst zu beschaffen hat. Soweit in den Vertragsgrundlagen weitere Unterlagen aufgeführt sind, sind diese spätestens vier Wochen nach Abnahme zu übergeben.

Die Pläne sind als CAD- und PDF-Datei auf Datenträger und zusätzlich einfach als Fotokopie zu übergeben.

§ 10 Vertragsstrafe (wegen Verzugs)

- (1) Der nach § 8 Absatz 2 lit. e) festgelegte Termin zur abnahmereifen Gesamtfertigstellung ist vertragsstrafebewehrt. Gerät der Auftragnehmer mit der Fertigstellung dieser Leistungen in Verzug, hat er für jeden folgenden Werktag (Mo.-Fr., ohne Feiertage am Ort des Bauvorhabens) eine Vertragsstrafe von 0,1 % der Netto-Schlussrechnungssumme zu zahlen. Solange die Netto-Schlussrechnungssumme noch nicht feststeht, ist Bemessungsgrundlage für die Vertragsstrafe der vereinbarte Nettowert der vertraglich vereinbarten Leistungen zzgl. der vom Auftraggeber bestätigten Vergütung für geänderte und/oder zusätzliche Leistungen. Die Vertragsstrafe ist insgesamt begrenzt auf maximal 5 % der berechtigten Netto-Schlussrechnungssumme.
- (2) Die vertraglichen gemäß § 8 Abs. 2 lit. a) – d) vereinbarten (Zwischen-)Terminen sind ebenfalls vertragsstrafebewährt. Gerät der Auftragnehmer mit der Fertigstellung der bis zu den Zwischenterminen jeweils zu erbringenden Leistungen in Verzug, hat er für jeden folgenden Werktag (Montag bis Freitag, ohne Feiertage am Ort des Bauvorhabens) eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 % der Netto-Schlussrechnungssumme zu zahlen, die der bis zum jeweiligen Zwischentermin zu erbringenden Leistungen entspricht. Solange diese Netto-Schlussrechnungssumme noch nicht feststeht, ist Bemessungsgrundlage

der anteilige Nettowert der vertraglich vereinbarten Leistungen bis zum jeweiligen Zwischentermin. Die Vertragsstrafe für jeden Zwischentermin ist begrenzt auf maximal 5 % der für den bis zu dem jeweiligen Zwischentermin geschuldeten Bautenstand maßgeblichen Netto-Schlussrechnungssumme.

Eine einmal verwirkte Vertragsstrafe für einen Zwischentermin wird auf nachfolgend verwirkte Vertragsstrafen für weitere Zwischentermine und/oder den Endfertigstellungstermin angerechnet.

- (3) Die Vertragsstrafe für eine Überschreitung von Zwischenterminen sowie des Endfertigstellungstermins ist der Höhe nach insgesamt begrenzt auf maximal 5% der berechtigten Netto-Schlussrechnungssumme. Überschreitet der Auftragnehmer lediglich vereinbarte Zwischentermine, wird der Endfertigstellungstermin jedoch eingehalten, entfallen bereits verwirkte Vertragsstrafen wegen Überschreitungen von Zwischenterminen nachträglich
- (4) Der Auftraggeber kann sich Vertragsstrafenansprüche bis zur Fälligkeit der Schlusszahlung vorbehalten.
- (5) Dem Auftraggeber bleibt es vorbehalten, einen die Vertragsstrafe übersteigenden Schaden vom Auftragnehmer nach den Vertragsgrundlagen und den geltenden Rechtsvorschriften ersetzt zu verlangen. Die verwirkte Vertragsstrafe wird auf den Schadensersatzanspruch angerechnet.
- (6) Soweit sich Vertragsfristen aufgrund berechtigter Bauzeitverlängerungsansprüche des Auftragnehmers verschieben oder wenn Vertragsfristen einvernehmlich neu festgelegt werden, gilt die Vertragsstrafenregelung auch für die neuen Termine. Eine neue Vereinbarung zu Vertragsstrafen ist nicht notwendig.

§ 11 Vergütung, Preis, Zahlungsbedingungen, Bonus

- (1) Als Vergütung für die vollständige und mangelfreie Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen wird ein Pauschal festpreis (netto) gemäß Preisblatt (gemäß Anlage [x]) zzgl. der jeweils gesetzlichen Mehrwertsteuer vereinbart.
- (2) Durch diesen Pauschal festpreis sind sämtliche zur Erstellung des vertragsgegenständlichen Objekts erforderlichen Lieferungen, Arbeiten sowie Herstellungs- und Planungsleistungen abgegolten. Lohn- und Materialpreisklauseln sind nicht vereinbart.
- (3) Für die Zwecke der Zahlungsbedingungen wird der in Absatz 1 festgelegte Vertragspreis gemäß der Aufteilung im Preisblatt (Anlage [X]) unterteilt.

§ 12 Rechnungsstellung/ Zahlung

- (1) Die Vergütung erfolgt gemäß dem als Anlage (Anlage [X]) beigefügten Zahlungsplan in Abschlagszahlungen, sofern die den einzelnen Zahlungen hinterlegte Leistung ohne wesentliche Mängel erbracht wurden und die für den jeweiligen Baufortschritt erforderlichen Unterlagen vollständig und prüffähig vorliegen.
- (2) Abschlagszahlungen aufgrund zusätzlicher Vergütungsansprüche des Auftragnehmers aufgrund etwaiger geänderter oder zusätzlicher Leistungen erfolgen ansonsten nach Leistungsstand.
- (3) Abschlagszahlungen werden nach Vorlage einer prüffähigen Rechnung jeweils zum 30. eines Kalendermonats fällig. Eine Abschlagszahlung ist im Monat der Rechnungsstellung fällig, wenn die prüffähige Abschlagsrechnung bis zum 15. eines Monats bei dem Auftraggeber eingegangen ist. Andernfalls ist die Zahlung erst zum 30. des Folgemonats fällig.
- (4) Die besonderen abrechnungstechnischen Regelungen im Preisblatt (Anlage [X]) zur anlagenbezogenen getrennten Aufteilung der Abrechnungen des AN nach den Vorgaben des Fördermittelgebers sind dabei zwingend einzuhalten.
- (5) Die Schlussrechnung wird nach Abnahme der Gesamtleistung und nach Vorlage der prüffähigen Schlussrechnung durch den Auftragnehmer und nach Ablauf der Frist gemäß § 16 Abs. 3 VOB/B fällig.
- (6) Von der Schlussrechnung behält sich der Auftraggeber einen Betrag in Höhe von 5 % der Auftragssumme als Sicherheitseinbehalt zurück, bis der Auftragnehmer die vollständige Dokumentation gemäß den Anforderungen der Leistungsbeschreibung, d.h. die insbesondere nach § 9 Abs. 5 vorzulegende Dokumentation (as-built-Dokumentation mit Roteintragungen etc.), vorgelegt hat.
- (7) Der Auftraggeber prüft die Vollständigkeit der Dokumentation innerhalb von 20 Werktagen nach Zugang und teilt dem Auftragnehmer etwaige fehlende Unterlagen mit.
- (8) Der Sicherheitseinbehalt wird innerhalb von 14 Kalendertagen nach Feststellung der Vollständigkeit der Dokumentation ausgezahlt, sofern keine berechtigten Mängelansprüche entgegenstehen.

- (9) Der Auftragnehmer kann die Auszahlung der Schlusszahlung in voller Höhe verlangen, soweit er statt des Sicherheitseinbehalts nach Abs. 6 eine selbstschuldnerische unbeschränkte und unwiderrufliche Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts in Höhe von 5 % der Auftragssumme stellt,
- (10) Sollte die vom Auftragnehmer vorzulegende Dokumentation (as-built-Dokumentation mit Roteintragungen) nicht den in den Vertragsbestandteilen definierten Anforderungen entsprechen, ist der Auftraggeber berechtigt, die Schlusszahlung in Höhe von 5 % zurückzubehalten, bis der Auftragnehmer eine mangelfreie Dokumentation in prüfbarer Form mit allen zur Prüfung erforderlichen Unterlagen beim Auftraggeber eingereicht hat. Die Schlusszahlung erfolgt nach Ablauf einer angemessenen Prüffrist, spätestens innerhalb von **[30] Tagen** nach Zugang einer prüffähigen Schlussrechnung beim Auftraggeber.
- (11) Der Auftragnehmer hat spätestens mit der ersten Abschlagsrechnung eine Freistellungsbescheinigung seines zuständigen Finanzamtes nach § 48b EStG vorzulegen und bei Ablauf der zeitlichen Geltung unaufgefordert eine neue Bescheinigung nachzureichen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorgelegte Freistellungsbescheinigung beim Auftraggeber unverzüglich anzuzeigen. Liegt dem Auftraggeber keine gültige Freistellungsbescheinigung vor, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber unverzüglich seine Steuernummer, das für ihn zuständige Finanzamt und dessen Bankverbindung mitzuteilen. Liegt eine Freistellungsbescheinigung nicht vor oder wird eine vorgelegte Bescheinigung widerrufen oder zurückgenommen, ist der Auftraggeber zu einem entsprechenden Einbehalt der zu entrichtenden Steuer berechtigt.
- (12) Der Auftraggeber leistet auf die im Vertrag unter § 10 Absatz 1 dieses Vertrages vereinbarte (Netto-) Vergütung eine Vorauszahlung in Höhe von 10 % der Auftragssumme. Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Kalendertagen nach Rechnungslegung durch den Auftragnehmer und Übergabe einer die Rückzahlung der Vorauszahlung absichernden Vorauszahlungsbürgschaft des Auftragnehmers an den Auftraggeber in der Höhe der zu leistenden Vorauszahlungen, die den Vorgaben des § 15 Absatz 3 entsprechen (Muster Vorauszahlungsbürgschaft – Anlage 02).
- (13) Diese Vorauszahlung in Höhe von 10 % der Auftragssumme (Position I des Zahlungsplanes – Anlage [x]) wird auf die nachfolgenden Abschlagszahlungen (Positionen III bis X des Zahlungsplanes – Anlage [x]) anteilig angerechnet. Die Anrechnung erfolgt automatisch bei Fälligkeit der jeweiligen Abschlagszahlung. Der Auftragnehmer weist in jeder

Abschlagsrechnung den Gesamtbetrag, den abzuziehenden Anrechnungsbetrag der Vorauszahlung und den auszahlenden Nettobetrag gesondert aus.

Nach vollständiger Verrechnung der vom Auftraggeber geleisteten Vorauszahlungen mit fälligen Abschlagsrechnungen des Auftragnehmers hat der Auftraggeber die Vorauszahlungsbürgschaft herauszugeben.

- (14) Die Bezahlung von Abschlagsrechnungen erfolgt innerhalb von 30 Kalendertagen und die Bezahlung der Schlussrechnung erfolgen ebenfalls innerhalb von 30 Kalendertagen jeweils nach Zugang einer prüfbaren Rechnung beim Auftraggeber.

§ 13 Leistungsänderungen

- (1) Für Änderungen des Vertrags (Änderung) und das Anordnungsrecht des Auftraggebers gilt § 650 b BGB. Die Vergütungsanpassung bei Änderungen nach § 650 b Abs. 2 BGB richtet sich nach § 650 c BGB. Die Regelungen in § 1 Abs. 3, Abs. 4 und § 2 Abs. 5, Abs. 6, Abs. 7 Nr. 2 und 9 VOB/B werden abbedungen. Der § 650 d BGB bleibt unberührt.
- (2) Wenn nach § 650 b Abs. 1 BGB ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung vorzulegen ist, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber dies unverzüglich nach Erhalt des Änderungsbegehrens und Übergabe einer für die Änderung etwaig erforderlichen Planung schriftlich vorzulegen. Ist der Auftragnehmer in diesen Fällen nicht in der Lage, ein Angebot innerhalb der vorstehenden Frist zu erstellen, hat er dies unverzüglich anzuzeigen; es gilt dann stattdessen eine angemessene Frist. Das Angebot des Auftragnehmers muss prüfbar sein.

Die Kosten der Angebotserstellung trägt der Auftragnehmer. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber das Angebot nicht annimmt oder von der Leistungsänderung gänzlich oder teilweise Abstand nimmt.

- (3) Drohen dem Auftraggeber ohne eine unverzügliche Ausführung einer Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolges notwendig ist (§ 650 b Abs. 1 Nr. 2 BGB), schwerwiegende Nachteile (Gefahr in Verzug), ist der Auftraggeber berechtigt, die Änderung vor Ablauf der in § 650 Abs. 2 BGB genannten Frist anzuordnen.
- (4) Eine Einigung der Parteien nach § 650 b Abs. 1 BGB bedarf der Textform.
- (5) Generalplaner, Bauleiter, Architekt und sonstige Personen sind nicht vom Auftraggeber bevollmächtigt, Abweichungen vom Vertrag, Änderungen der Ausführung sowie Mehr-

und Minderleistung zu vereinbaren oder anzuordnen. Die Vorlage von geänderten Plänen oder sonstiger Vorgaben durch den Architekten oder andere an der Planung Beteiligte stellt daher keine Beauftragung dar und führt nicht zu einem Anspruch auf zusätzliche Vergütung.

- (6) Stundenlohnarbeiten werden nur vergütet, wenn sie als solche vor jedem Beginn ausdrücklich und schriftlich vereinbart worden sind.
- (7) Für Stundenlohnarbeiten, die gemäß vorstehenden Regelungen zu vergüten sind, gelten die Stundensätze des Preisblatts.
- (8) Die vereinbarten Stundensätze stellen einen Festpreis dar. Sie erhöhen sich insbesondere nicht bei Lohn und/oder Materialpreisveränderungen.

§ 14 Mängelhaftung, Haftung

- (1) Das Werkvertragsrecht findet auf die Leistungen des Auftragnehmers Anwendung.
- (2) Die Mängelansprüche des Auftraggebers verjähren in fünf Jahren ab Abnahme des Werkes, soweit nachfolgend nichts anderes geregelt ist.
- (3) Für Teile von maschinellen und elektrotechnischen/elektronischen Anlagen, bei denen die Wartung Einfluss auf die Sicherheit und Funktionsfähigkeit hat, beträgt die Verjährungsfrist fünf Jahre ab Abnahme des Werkes. Die Parteien können optional vereinbaren, dass bei Abschluss eines Wartungsvertrags mit dem Errichter der Anlage oder einem Fachunternehmen die Verjährungsfrist für die von der Wartung betroffenen Anlagenteile abweichend geregelt wird.
- (4) Der Auftragnehmer tritt dem Auftraggeber hiermit seine Ansprüche gegen Nachunternehmer, die sich aus der Verletzung von vertraglichen Pflichten bei der Ausführung des Vertrages ergeben, zur Sicherung ab. Der Auftraggeber nimmt diese Abtretung an. Die Abtretung erfolgt erfüllungshalber. Die Gewährleistungspflicht des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber bleibt hiervon unberührt.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Mängel während der Bauzeit unverzüglich nach Kenntnisnahme, spätestens nach Aufforderung durch den Auftraggeber bzw. den von ihm beauftragten Generalplaner, zu beseitigen.

- (6) Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für alle in Ausführung des Vertrages den Rechtsgütern des Auftraggebers unmittelbar zugefügten Schäden. Die Haftung für mittelbare Schäden und Folgeschäden bleibt den gesetzlichen Regelungen vorbehalten.
- (7) Der Auftragnehmer haftet nicht für entgangenen Gewinn, Produktionsausfall oder Nutzungsausfall, soweit diese Schäden nicht auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung beruhen.
- (8) Bei einfach fahrlässiger Verletzung einer Pflicht, die nicht wesentlich für die Erreichung des Vertragszwecks ist (Nebenpflicht), ist die Haftung des AN der Höhe nach auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, jedoch mindestens auf einen Betrag von € 500.000,00. Die Haftung für Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit sowie für die Verletzung von Pflichten, die wesentlich für die Erreichung des Vertragszwecks sind (Kardinalpflichten), bleibt unberührt.
- (9) Die Gesamthaftung des Auftragnehmers aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist bei einfach fahrlässiger Verletzung von vertraglichen Nebenpflichten auf den dreifachen Nettogesamtauftragswert begrenzt, es sei denn, der Schaden beruht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Die Haftung für Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, für die Verletzung von Kardinalpflichten sowie für Ansprüche aus Produkthaftung bleibt unberührt. Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten nicht, soweit nach dem Gesetz zwingend gehaftet wird insbesondere nach dem Produkthaftungsgesetz oder in Fällen des Vorsatzes.

§ 15 Sicherheitsleistungen

- (1) **Vertragserfüllungssicherheit:** Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber für die Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eine Sicherheit in Höhe von 10 % der Nettoauftragssumme zu leisten. Soweit Nachtragsleistungen des Auftragnehmers die Nettoauftragssumme um mehr als 5 % erhöhen, kann der Auftraggeber eine entsprechende Erhöhung der Sicherheitssumme verlangen, jedoch nicht über 10 % der Nettoauftragssumme einschließlich Nachträge hinaus. Die Sicherheit kann durch Einbehalt oder Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft eines Kreditinstituts oder Kreditversicherers geleistet werden, sofern das Kreditinstitut oder der Kreditversicherer in der Europäischen Union zugelassen ist. Der Auftragnehmer hat die Wahl unter den verschiedenen Arten der Sicherheit; er kann eine Sicherheit durch eine andere ersetzen.

Die Sicherheit für die Vertragserfüllung umfasst alle Ansprüche des Auftraggebers auf die vertragsgemäße Ausführung der Leistungen des Auftragnehmers bis zur Abnahme. Hierzu gehören insbesondere die vollständige, mangelfreie und termingerechte Ausführung der Leistung, die Abrechnung, Vertragsstrafen sowie Schadensersatzansprüche und Erstattungsansprüche wegen Überzahlungen einschließlich Zinsen, soweit diese Ansprüche bis zur Abnahme entstanden sind. Mängelansprüche, die erst nach der Abnahme geltend gemacht werden, sind nicht von der Vertragserfüllungssicherheit umfasst.

Leistet der Auftragnehmer die Sicherheit nicht binnen 18 Werktagen nach Vertragsabschluss, ist der Auftraggeber berechtigt, Abschlagszahlungen einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist. Der einbehaltene Betrag ist auf Anforderung des Auftragnehmers auf ein Sperrkonto einzuzahlen, über das beide Parteien nur gemeinsam verfügen können. Der Auftragnehmer ist jederzeit berechtigt, diesen Einbehalt durch eine den vorstehenden Anforderungen entsprechende Sicherheit abzulösen.

Für die Rückgabe der Vertragserfüllungssicherheit gilt § 17 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B. Der Auftraggeber hat die Sicherheit spätestens nach Abnahme und Stellung der Sicherheit für Mängelansprüche zurückzugeben, es sei denn, dass Ansprüche des Auftraggebers, die nicht von der gestellten Sicherheit für Mängelansprüche umfasst sind, noch nicht erfüllt sind. Dann darf er für diese Vertragserfüllungsansprüche einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

- (2) **Sicherheit für Mängelansprüche:** Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber für die Dauer der Mängelhaftung Sicherheit für Mängelansprüche in Höhe von 5 % der Nettoschlussrechnungssumme zu leisten. Der Auftraggeber ist berechtigt, von der Bruttoschlussrechnungssumme 5 % als Sicherheit für die vorgenannten Ansprüche einzubehalten (Mängeleinbehalt).

Die Sicherheit umfasst alle Mängelansprüche des Auftraggebers nach der Abnahme, also Ansprüche auf Mängelbeseitigung, Schadensersatz, Minderung sowie Erstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen. Die Sicherheit erstreckt sich auch auf die Sicherung aller vorgenannten Ansprüche aus Veränderungen und Erweiterungen des Leistungsumfangs aufgrund ausgeführter Änderungs- und Zusatzleistungen.

Der Auftragnehmer hat die Wahl unter den verschiedenen Arten der Sicherheit; er kann eine Sicherheit durch eine andere ersetzen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, den Mängeleinbehalt durch eine den Anforderungen des § 15 Absatz 3 genügende Bürgschaft abzulösen, sobald die Schlusszahlung fällig wird.

Der Auftraggeber wird eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche nach Ablauf von 2 Jahren zurückgeben, sofern kein anderer Rückgabezeitpunkt vereinbart worden ist. Soweit jedoch zu diesem Zeitpunkt seine geltend gemachten Ansprüche noch nicht erfüllt sind, darf er einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten. Soweit unterschiedliche Verjährungsfristen gelten, wird die Sicherheit jeweils in der Höhe der Nettoabrechnungssumme reduziert, die auf die Leistungen entfällt, für die die Verjährungsfristen abgelaufen sind. Im Übrigen gilt § 17 Abs. 8 Nr. 2 Satz 2 VOB/B.

- (3) **Sicherheit durch Bürgschaft:** Wird die Sicherheit durch eine Bürgschaft geleistet, so muss der Bürge ein in der Europäischen Union zugelassenes Kreditinstitut oder Kreditversicherer sein. Die Bürgschaft muss schriftlich unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage (§ 771 BGB) abgegeben werden; sie darf nicht auf bestimmte Zeit begrenzt sein. Der Auftraggeber kann als Sicherheit keine Bürgschaft fordern, die den Bürgen zur Zahlung auf erstes Anfordern verpflichtet.

Die Bürgschaft muss folgende Erklärungen enthalten:

- Der Bürge übernimmt die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einreden der Anfechtbarkeit und der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB wird verzichtet.
- Der Verzicht auf die Einrede gemäß § 770 Abs. 2 BGB gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Auftragnehmers.
- Das Recht zur Hinterlegung ist ausgeschlossen.
- Die Bürgschaft muss Zinsen und Kosten der Rechtsverfolgung bis zum übernommenen Höchstbetrag sichern.
- Die Bürgschaft muss die Erklärung enthalten, dass die Bürgenhaftung durch eine Änderung in der Person des Auftragnehmers oder durch eine Änderung von dessen Rechtsform nicht berührt wird.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung.
- Für Streitigkeiten aus der Bürgschaft findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Gerichtsstand ist der Sitz des Auftraggebers.

Der Auftraggeber hat die Bürgschaftsmuster des Auftraggebers (gemäß Anlage 02_Vorlage_Bürgschaften zu diesen BVBs) zu verwenden.

§ 16 Verkehrssicherungspflichten

- (1) Dem Auftragnehmer obliegt für die gesamte Dauer der Baumaßnahme die Verkehrssicherungspflicht auf der Baustelle und im Einwirkungsbereich des Bauvorhabens.
- (2) Der Auftragnehmer ist bis zur Schlussabnahme des Bauvorhabens verpflichtet, unter vollständiger Entlastung des Auftraggebers alle die Sicherheit auf der Baustelle maßgeblichen gesetzlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen und behördlichen Vorschriften sowie Unfallverhütungsvorschriften zu beachten und danach erforderliche Maßnahmen durchzuführen und aufrechtzuerhalten. Dies gilt unabhängig davon, ob sich die entsprechenden Vorschriften an den Auftragnehmer oder den Auftraggeber richten.
- (3) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter frei, die auf der Bautätigkeit, einer Verletzung der Verkehrssicherungspflicht oder einem Verstoß gegen gesetzliche, öffentlich-rechtliche und behördliche Vorschriften beruhen.

§ 17 Pönale wegen Nichterfüllung der besonderen technischen Beschaffenheitsmerkmale

- (1) Soweit die in der Leistungsbeschreibung (Anlage [x]) genannten besonderen technischen Beschaffenheitsmerkmale nicht erfüllt werden, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Schadenspauschale zu zahlen. Die Höhe der Schadenspauschale für das Nichterreichen der besonderen technischen Beschaffenheitsmerkmal richtet sich nach der Tabelle [x] – „Schadenspauschalen Nichterreichen der besonderen technischen Beschaffenheitsmerkmale“ der Leistungsbeschreibung (Anlage [x], Teil [x], Tabelle [X]).
- (2) Die Summe aller Pönalen gemäß Abs.1 in Verbindung mit der Auflistung in Tabelle [x] - „Schadenspauschalen Nichterreichen der besonderen technischen Beschaffenheitsmerkmale“ der Leistungsbeschreibung (Anlage [x], Teil [x], Tabelle [X]) gemäß Anlage [x] wird auf 5 % des vereinbarten Netto-Schlussrechnungssumme begrenzt.
- (3) Eine Überprüfung der in § 2 genannten Leistungsanforderungen iVm den vereinbarten Beschaffenheitsmerkmale erfolgt erstmalig bei Abnahme der nach diesem Vertrag geschuldeten Leistung. Die Feststellung von Abweichungen erfolgt durch den Auftraggeber unter Mitteilung an den Auftragnehmer. Der Auftragnehmer kann die Feststellung innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Mitteilung begründet rügen.
- (4) Der Anspruch auf Schadenspauschale schließt die Geltendmachung eines weitergehenden Schadensersatzes nicht aus. Die Schadenspauschale wird auf einen gerichtlich

oder außergerichtlich festgestellten Schadensersatzanspruch angerechnet. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis gestattet, dass überhaupt kein Schaden entstanden ist oder dass der Schaden wesentlich niedriger ist als die Schadenspauschale.

- (5) Die Summe aus den Schadenspauschalen nach dieser Vorschrift und den Vertragsstrafen nach § 10 dieses Vertrages darf insgesamt 8 % des bei Vertragsschluss vereinbarten Nettoentgelts (ohne Umsatzsteuer) nicht überschreiten. Diese Begrenzung gilt unbeschadet des Nachweises eines weitergehenden Schadens.

§ 18 Versicherungen

- (1) **Bauleistungs-/ Montageversicherung des Auftraggebers:** Der Auftraggeber wird eine kombinierte Bauleistungs-/Montageversicherung für das Projekt bis zur Abnahme, mit anschließender Deckung über die „Extended Maintenance“ für mindestens 12 Monate, abschließen bzw. entsprechenden Versicherungsschutz bereitstellen. Für diesen Versicherungsschutz gelten:
- a) Der Versicherungsschutz wird spätestens mit dem geplanten Beginn der Bauarbeiten in Kraft zu treten. Als Mitversicherte sind der Auftragnehmer und sämtliche weitere an der Errichtung beteiligten Unternehmen (insbesondere auch die Nachunternehmer des AN) in der Versicherung eingeschlossen. Die Police entspricht im Wesentlichen den Allgemeinen Bedingungen für die Bauleistungsversicherung (ABBL 2018) bzw. den Allgemeinen Bedingungen für die Montageversicherung (AMoB 2011). Sie sichert alle unvorhergesehen eingetretenen Sachschäden an den Lieferungen und Leistungen während der Bauarbeiten, der Errichtung, der Inbetriebnahme und des Probebetriebes, einschließlich aller Materialien und Einrichtungen bis zum Wert der beauftragten Komponenten und Leistungen nach vollständiger Erbringung ab. Ausgenommen vom Versicherungsschutz bleiben insbesondere:
 - i. Kontamination durch chemische oder biologische Substanzen;
 - ii. Schäden oder Verluste durch erklärte oder nicht erklärte Kriege, Bürgerkrieg oder kriegsähnliche Eingriffe,
 - iii. Schäden oder Verluste durch Beschlagnahme oder sonstige hoheitliche Eingriffe;
 - iv. Schäden durch Kernenergie, nukleare Strahlung oder radioaktive Substanzen;
 - v. Verluste, die erst bei einer Bestandskontrolle festgestellt werden;

- vi. Schäden oder Verluste durch normale Witterungseinflüsse, mit denen wegen der Jahreszeit und der örtlichen Verhältnisse gerechnet werden muss;
 - vii. Schäden, die eine unmittelbare Folge der dauernden Einflüsse des Betriebes während der Erprobung sind;
 - viii. Terrorakte.
 - ix. Die Selbstbeteiligung des Vertrags wird maximal € 25.000,00 je Schadenfall betragen. Abweichende Selbstbehalte für Naturgefahren bleiben unberührt. Der Selbstbehalt ist vom Auftragnehmer zu tragen, soweit seine Lieferungen oder Leistungen vom Schaden betroffen sind. Soweit Lieferungen oder Leistungen eines Nachunternehmers vom Schaden betroffen sind, trägt der jeweilige Nachunternehmer den auf seine Leistungen entfallenden Selbstbehalt, es sei denn, der Auftragnehmer hat den Schaden zu vertreten.
 - b) Die Versicherung gilt vorrangig zu etwaig bestehenden Versicherungen (z.B. auf Umsatzbasis) versicherter Unternehmen.
 - c) Zur Deckung der anfallenden Kosten werden von der Netto-Schlussrechnungssumme 0,3 % einbehalten.
- (2) **Versicherungen des Auftragnehmers:** Der Auftragnehmer hat folgende Versicherungen abzuschließen und deren Bestehen durch Vorlage der Versicherungsscheine spätestens zwei Wochen nach Vertragsschluss nachzuweisen:
- a) **Betriebshaftpflichtversicherung:** Eine für die Lieferungen und Leistungen risikogerechte Betriebshaftpflichtversicherung auf der Grundlage der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB) mit folgenden Mindestdeckungssummen:
 - i. Für Personen- und Sachschäden sowie daraus folgender Vermögensschäden: € 20 Mio. je Schadensfall, zweifach maximiert je Versicherungsjahr,
 - ii. Der Versicherungsschutz muss bis zum Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist für Mängelansprüche bestehen oder zumindest Haftpflichtrisiken im Zusammenhang mit Nacherfüllungsleistungen abdecken,
 - b) **Planungs- und Berufshaftpflichtversicherung:** Eine für die Lieferungen und Leistungen risikogerechte Planungs- und Berufshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen:
 - i. € 5 Mio. je Schadensfall, zweifach maximiert je Versicherungsjahr,

- ii. Der Versicherungsschutz muss bis zum Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist für Mängelansprüche bestehen oder zumindest Haftpflichtrisiken im Zusammenhang mit Nacherfüllungsleistungen abdecken,
 - c) **Umwelthaftpflichtversicherung:** Eine für die Lieferungen und Leistungen risikogerechte Umwelthaftpflichtversicherung auf der Grundlage der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Umwelthaftpflichtversicherung (UHV) mit folgenden Mindestdeckungssummen
 - i. € 5 Mio. je Schadensfall, 2-fach maximiert je Versicherungsjahr.
 - d) **Umweltschadenversicherung:** Eine für diesen Vertragsgegenstand risikogerechte Umweltschadenversicherung auf der Grundlage der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Umweltschadenversicherung (USV) mit folgenden Mindestdeckungssummen:
 - i. € 2,5 Mio. je Schadensfall.
 - e) **Transportversicherung:** Eine Transportversicherung für die Dauer des Vertrages mit einem Deckungsumfang, der mindestens den DTV-Güter 2011 "Volle Deckung" (oder vergleichbar) entspricht. Die Versicherung ist unabhängig von der vertraglichen Gefahrtragung abzuschließen.
- (3) **Sozialversicherungspflichten:** Der Auftragnehmer hat das von ihm auf die Baustelle entsandte Personal gemäß den jeweiligen gesetzlich geltenden Anforderungen zu versichern und den Auftraggeber von allen Ansprüchen, die auf Unterlassung des Auftragnehmers beruhen, freizustellen.

§ 19 Abtretung/ Aufrechnung/ Zurückbehaltungsrecht

- (1) Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertragliche Forderungen an Dritte abzutreten. Er wird den Auftraggeber unverzüglich schriftlich über eine erfolgte Abtretung unter Angabe des Abtretungsempfängers informieren. Der Auftraggeber kann mit befreiender Wirkung an den bisherigen Gläubiger leisten, bis er von der Abtretung Kenntnis erlangt hat (§ 354a Abs. 1 HGB) § 273 Abs. 3 BGB bleibt unberührt.
- (2) Eine Aufrechnung mit Gegenansprüchen des Auftragnehmers ist zulässig, sofern diese Ansprüche hinreichend bestimmt, fällig und unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Das Recht zur Aufrechnung mit Gegenansprüchen aus demselben Vertragsverhältnis bleibt unberührt. oder soweit die Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. § 273 BGB bleibt unberührt.

- (3) Macht der Auftragnehmer von einem vermeintlichen Leistungsverweigerungsrecht bzw. Zurückbehaltungsrecht Gebrauch, so kann der Auftraggeber die Ausübung dieses Rechts durch Sicherheitsleistung in Höhe des geforderten Betrags abwenden. § 273 Abs. 3 BGB bleibt unberührt.

§ 20 Planunterlagen/ Urheberrecht, Erfindungen, Geheimhaltung

- (1) Der Auftraggeber darf alle Unterlagen des Auftragnehmers einschließlich Daten auf Datenträgern für die vertragsgegenständliche Baumaßnahme ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen, ändern und verwerten. Dieses Recht steht ihm auch am fertigen Bauwerk zu und auch dann, wenn nicht alle Leistungen an den Auftragnehmer übertragen wurden. Der Auftraggeber ist außerdem berechtigt, das Bauwerk nach seiner Fertigstellung ohne Mitwirkung des Auftragnehmers zu modernisieren und/oder in sonstiger Weise den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Dies gilt auch dann, wenn hierdurch wesentliche Änderungen am Bauwerk vorgenommen werden müssen.
- (2) Der Auftraggeber ist auch bei vorzeitiger Beendigung des Vertrags berechtigt, die Planung und/ oder das Bauwerk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers und ohne Zahlung eines Nutzungsentgeltes zu vollenden. In der vertraglich vereinbarten Pauschalvergütung ist die Übertragung sämtlicher urheberrechtlicher Nutzungsbefugnisse enthalten und damit abgegolten.
- (3) Dem AN steht an den für den AG gefertigten Plänen und sonstigen Unterlagen kein Zurückbehaltungsrecht zu.
- (4) Der AN verpflichtet sich, die Lieferungen frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter (nachfolgend „Schutzrechte“) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten durch vom AN erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den AG berechnete Ansprüche erhebt, wird der AN nach seiner Wahl auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, dass das Schutzrecht nicht verletzt wird, oder austauschen. Ist dies dem AN nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem AG die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu. Ersatz für vergebliche Aufwendungen kann der AG nicht verlangen.
- (5) Die im vorstehenden Absatz genannten Verpflichtungen des AN bestehen nur, soweit der AG den AN über die von dem Dritten geltend gemachten Ansprüche unverzüglich schriftlich verständigt, eine Verletzung nicht anerkennt und dem AN alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der AG die Nutzung

der Lieferungen aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der Nutzungseinstellung kein An-
erkenntnis einer Schutzrechtsverletzung verbunden ist.

§ 21 Schiedsgutachtenvereinbarung

- (1) Bestehen zwischen den Vertragsparteien im Rahmen der Abnahme oder innerhalb der bestehenden Gewährleistungsfristen Meinungsverschiedenheiten über das Bestehen von Baumängeln und Bauschäden und/oder über erforderliche Mängelbeseitigungsmaßnahmen oder deren Kosten oder über die Vertragsgemäßheit der ausgeführten Leistungen, insbesondere in Bezug auf deren Übereinstimmung mit den maßgeblichen Vertragsgrundlagen, so kann jede Partei zur Beurteilung dieser Streitfragen schriftlich die Einholung eines Sachverständigengutachtens verlangen. Einigen sich die Parteien nicht innerhalb von zwei Wochen nach einer entsprechenden Aufforderung auf einen bestimmten Sachverständigen, wird dieser auf Antrag beider Parteien für beide Vertrags-
teile verbindlich von der örtlich zuständigen Industrie- und Handelskammer bestimmt. Der Sachverständige hat in eigener Verantwortung über die notwendigen Erhebungen zu entscheiden, die zur Beantwortung der Streitfrage erforderlich sind, und diese durch-
zuführen. Die vom Sachverständigen getroffenen Tatsachenfeststellungen sind für beide Parteien verbindlich.
- (2) Vom Sachverständigen angeforderte Vorschüsse sind zunächst von beiden Parteien zu je ½ zu zahlen.
- (3) Der Sachverständige soll auch für beide Parteien verbindlich darüber entscheiden, welche Partei in welcher Höhe die Kosten seiner Inanspruchnahme zu tragen hat. Dabei soll sich der Sachverständige an dem Umfang des Obsiegens bzw. Unterliegens der Vertragsparteien orientieren.

§ 22 Gerichtsstand

Im Geschäftsverkehr mit Kaufleuten, die ein Handelsgewerbe betreiben, oder mit solchen natürlichen oder juristischen Personen, die durch Eintragung im Handelsregister oder durch Gesetz solchen Kaufleuten gleichgestellt sind, ist Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag, gleich aus welchem Rechtsgrund Frankfurt am Main.

§ 23 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen, Ergänzungen oder eine Aufhebung dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für ein Abweichen beziehungsweise eine Aufhebung des Schriftformerfordernisses. Hiervon unberührt bleiben etwaige Individualabreden gemäß § 305b BGB, die vorrangig Geltung haben. .
- (2) Der Auftragnehmer erklärt mit der Unterzeichnung dieses Vertrags, dass er Mitglied der für ihn zuständigen Berufsgenossenschaft ist, seinen Beitragsverpflichtungen gegenüber den Sozialkassen bisher nachgekommen ist und auch weiterhin nachkommen wird und insbesondere seine laufenden Steuerverpflichtungen erfüllt. Die entsprechenden Nachweise sind vor Beginn der Ausführung dem Auftraggeber vorzulegen. Der Eingang dieser Nachweise gilt beim Auftraggeber als Fälligkeitsvoraussetzung für die Bezahlung der ersten Teilzahlung gemäß dem vertraglich vereinbarten Zahlungsplan.
- (3) Auf diesen Vertrag findet ausschließlich deutsches Recht Anwendung.
- (4) Sollten Vereinbarungen, die in diesem Vertrag getroffen worden sind, ganz oder teilweise der Rechtswirksamkeit ermangeln oder nicht durchgeführt werden, so wird dadurch die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes nicht berührt. Anstelle der ungültigen oder unwirksamen Bedingung tritt dann eine solche, die der Intention der Parteien am nächsten kommt.